

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Landes-Gigabitförderung-BB

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Infrastruktur III
Postfach 60 08 07
14408 Potsdam

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

1 Angaben zur antragstellenden Organisation¹

1.1 Organisationsbezeichnung

Organisationsbezeichnung

Gründungsdatum

Rechtsform

1.2 Hauptsitz

Land

Bundesland

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

Homepage (URL)

1.3 Betriebsstätte

Identisch mit dem Hauptsitz

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

¹ Antragsberechtigt sind außerhalb des Lausitzer Reviers die Landkreise Barnim, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Teltow-Fläming und Uckermark sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Potsdam.

1.4 Gesetzliche Vertretung

Vorname Name Akademischer Titel

Funktion

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

Vorname

Name

Akademischer Titel

Funktion

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

Vorname

Name

Akademischer Titel

Funktion

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

1.5 Bevollmächtigung

keine Bevollmächtigung

Vorname

Name

Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

Vorname

Name

Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung

E-Mail-Adresse

Telefonnummer mit Vorwahl

Die Vordrucke zur Erteilung von Vollmachten finden Sie auf www.ilb.de.

1.6 Kontaktperson/Projektleitung

_____	_____	_____
Vorname	Name	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		

E-Mail-Adresse		Telefonnummer mit Vorwahl

1.7 Belegaufbewahrung

Die antragstellende Person/Organisation verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

- ja (Bezeichnung des Systems: _____)
Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) oder einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung.
- ja
- nein
- nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2 Angaben zum Vorhaben

2.1 Art des Vorhabens

Art des Vorhabens ("Wirtschaftlichkeitslückenförderung" oder "Betreibermodell")

2.2 Kurzbezeichnung des Vorhabens

Bezeichnung des Vorhabens

2.3 Ort des Vorhabens

_____	_____	_____
Straße und Hausnummer	PLZ	Ort

Land	Bundesland	

Hinweis: Ort des Vorhabens entspricht hier der Anschrift der antragstellenden Organisation.

2.4 Zeitliche Durchführung des Vorhabens (Durchführungszeitraum)

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

Hinweis: Mit der Durchführung des zur Förderung beantragten Vorhabens darf erst begonnen worden sein, wenn das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) bzw. der von ihm beauftragte Projektträger nach der Richtlinie "Förderung zur Unterstützung des Gigabitbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland" - Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) - vom 31.03.2023 in der jeweils geltenden Fassung einen Zuwendungsbescheid erlassen oder auf Antrag die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn vor Erteilung eines Zuwendungsbescheides erteilt hat.

2.5 Beschreibung des Vorhabens

Bitte beschreiben Sie kurz und prägnant das geplante Vorhaben (Gegenstand, Zweck und Ziele).

2.6 Einordnung des Vorhabengebietes im Land Brandenburg

Das zur Förderung beantragte Vorhaben zum Ausbau von zukunftsfähigen Gigabitnetzen erfolgt in einem unterversorgten Gebiet im Land Brandenburg, das

- derzeit über kein NGA-Netz (weißer Fleck) verfügt.
- über ein NGA-Netz verfügt, das derzeit jedoch keine Datenrate von zuverlässig mindestens 200 Mbit/s symmetrisch bzw. 500 Mbit/s im Download zur Verfügung stellt (grauer Fleck).

Innerhalb der nächsten drei Jahre kann die geplante Telekommunikationsinfrastruktur den Endkunden keine Datenrate von mehr als 500 Mbit/s zuverlässig im Download zur Verfügung stellen.

- ja

2.7 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung des Vorhabens

Zur Finanzierung des Vorhabens werden weitere öffentliche Mittel nach der Gigabit-RL 2.0 des Bundes² in Anspruch genommen.

- ja

Eine Kopie des vom BMDV bzw. dem von ihm beauftragten Projektträger erlassenen bestandskräftigen (vorläufigen) Zuwendungsbescheides vom _____
Aktenzeichen _____

nach der Gigabit-RL 2.0 ist dem Antrag als Anlage beizufügen.

2.8 Folgekosten

Die Folgekosten des Vorhabens (d. h. die Kosten für den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandsetzung etc.) wurden ermittelt.

- ja
Die Finanzierung der Folgekosten ist gesichert.
 - ja
 - nein
- nein

² Richtlinie "Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland" - Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) - vom 31.03.2023 in der jeweils geltenden Fassung

2.9 Ausgaben

Die antragstellende Organisation ist bei der Durchführung des Vorhabens zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)
- nein (Geeigneter Nachweis ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberatende, o. ä.)
- teilweise (Geeigneter Nachweis für den nicht vorsteuerabzugsberechtigten Anteil ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberatende, o. ä.)

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Wirtschaftlichkeitslücke			
Gesamtausgaben			

Hinweis: Zuwendungsfähig sind nur die im bestandskräftigen (vorläufigen) Zuwendungsbescheid des BMDV bzw. des von ihm beauftragten Projektträgers als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben.

2.10 Finanzierung

Hinweis: Der Landesanteil (40 % / 35 % / 30 %) und der zu erbringende Eigenanteil (10 % / 5 % / 0 %) richten sich nach dem bewilligten Bundesanteil (50 % / 60 % / 70 %). Die Summe der Finanzierungsmittel muss den Gesamtausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Zuschuss Land		 	
Zuschuss Bund		 	
Eigenmittel			
Summe			
Gesamtfinanzierung			

2.11 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss Land	

Hinweis: Der Zuschuss darf 80 Mio. EUR nicht überschreiten.

3 Erklärungen der antragstellenden Organisation

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bestätigt werden.)

Die antragstellende Organisation erklärt, dass

- 3.1 nicht vor Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn oder Erlass des (vorläufigen) Zuwendungsbescheides durch das BMDV oder des von ihm beauftragten Projektträgers mit dem Vorhaben begonnen wurde,

(Hinweis: Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

- 3.3 ihr bekannt ist, dass die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbietende nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.

Die antragstellende Organisation bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.3.

- 3.4 Die antragstellende Organisation erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.

- 3.5 Die antragstellende Organisation erklärt, die "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK)" und die "Besonderen Nebenbestimmungen für die auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführten Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Umsetzung der Projekte und dazu gewährten Zuwendungen des Bundes (BNBest-Gigabit)“ im Rahmen der Durchführung des Vorhabens zu beachten.

- 3.6 Die antragstellende Organisation erklärt, dass ihr die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie ihre Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt ist.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen der antragstellenden Organisation (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zum Transparenzrichtlinie-Gesetz sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Beginns des Vorhabens, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Beschreibung des Vorhabens (insbesondere Gesamtziel des Vorhabens, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 Informationsaustausch/Antragstellung in Papierform

(Die Erklärung muss durch Anklicken bestätigt werden.)

Die antragstellende Organisation erklärt, dass die Antragstellung ausdrücklich in Papierform gewünscht wird.

5 Datenschutzrechtlicher Hinweis und Datenschutzrechtliche Erklärung

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung-DSGVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch die antragstellende Organisation anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB durch Aushändigung oder Zugänglichmachung zur Kenntnis zu geben.

Das Informationsblatt Datenschutz steht auf der Internetseite der ILB unter www.ilb.de/datenschutz zum Download zur Verfügung.

Zusätzlich erhalten Sie jederzeit auf Anforderung das Dokument in Papierform.

Direktlink Informationsblatt Datenschutz: <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Die antragstellende Organisation erklärt, dass

- sie die datenschutzrechtlichen Anforderungen der DSGVO und des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes im Rahmen der Antragstellung und Bearbeitung einhalten wird, insbesondere dass sie die Informationspflichten erfüllen wird und hierfür alle Personen (Dritte, hierunter fallen auch die in dem Vorhaben tätigen beschäftigten Personen), deren personenbezogene Daten sie für die Beantragung und/oder Durchführung des Vorhabens sowie im Rahmen der Nachweisführung zum Vorhaben erheben, verarbeiten und an die ILB übermitteln wird, hierüber zu informieren sowie das Informationsblatt Datenschutz der ILB den Dritten aushändigen, bzw. in zur Kenntnisnahme geeigneter Form zugänglich machen wird.
- die Dritten ihre Zustimmung erteilt haben bzw. im Vorfeld der Erhebung erteilen werden bzw. ein anderer datenschutzrechtlicher Erlaubnistatbestand vorliegt, dass die zur Bearbeitung des Antrages, Durchführung des Vorhabens sowie im Rahmen der Nachweisführung zum Vorhaben erhobenen personenbezogenen Daten gemäß dem Informationsblatt Datenschutz der ILB gespeichert, genutzt und verarbeitet werden.
- ihr bekannt ist, dass die ILB im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung, zur fortlaufenden Beurteilung der Entwicklung der Förderung, zur begleitenden und abschließenden Erfolgskontrolle, zur Begleitung, Bewertung, Finanzverwaltung und Überprüfung/Prüfung der Förderung statistische und ggf. personenbezogene Daten vollständig oder teilweise für den Zeitraum der Förderung sowie einen anschließenden Aufbewahrungszeitraum erfasst und speichert. Das betrifft insbesondere Informationen zu der antragstellenden Person/Organisation, des beantragten/geförderten Vorhabens sowie den geförderten Unternehmen und Personen.

- Die antragstellende Organisation bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz sowie die Abgabe der Datenschutzrechtlichen Erklärung.

Ort, Datum

Unterschrift(en)/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Landes-Gigabitförderung-BB

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

- Kopie des vom BMDV bzw. dem von ihm beauftragten Projektträger erlassenen (vorläufigen) Zuwendungsbescheides nach der Gigabit-RL 2.0
- Kopie der rechtsverbindlich unterzeichneten und postalisch versandten Rechtsbehelfsverzichtserklärung zu dem vom BMDV bzw. dem von ihm beauftragten Projektträger erlassenen (vorläufigen) Zuwendungsbescheid nach der Gigabit-RL 2.0 als Nachweis für dessen Bestandskraft
- Nachweis zur Befreiung/teilweisen Befreiung vom Vorsteuerabzug
- Vollmachten
-
-
-
-

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.